

EXTRA

zum **Streik** im
Öffentlichen Dienst
2006
Ausgabe Nr. 1



VER.DI VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT



5 Millionen sind genug!

Die 18-Minuten-Lüge der Arbeitgeber.
Der Streik im öffentlichen Dienst sichert

Arbeitsplätze. Dafür gehen tausende ver.di-Mitglieder auf die Straße

Läppische 18 Minuten am Tag länger arbeiten – das ist doch wohl zumutbar. So mögen viele Menschen denken. Und so versuchen die Arbeitgeber, ver.di und die Streikenden im öffentlichen Dienst in ein schlechtes Licht zu stellen. Aber was bedeuten diese 18 Minuten pro Tag? Das sind eineinhalb Stunden in der Woche, sechseinhalb Stunden im Monat, zwei Wochen im Jahr. Diese Mehrarbeit kostet hochgerechnet auf alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 250 000 Arbeitsplätze.

250 000 Arbeitslose mehr – das ist die Zahl, die zehntausende ver.di-Mitglieder auf die Straße treibt.

- Sie wollen nicht hinnehmen, dass immer weniger Menschen mehr arbeiten müssen und immer mehr Menschen gar keine Arbeit haben.
- Sie haben die andauernden Verschlechterungen und Mehrbelastungen satt.
- Sie kämpfen dafür, dass junge Menschen, Auszubildende auch in Zukunft eine Chance haben.
- Sie streiken für befristet Beschäftigte, die bei Arbeitszeitverlängerung keine Chance auf Entfristung haben.
- Sie wehren sich, weil längere Arbeit bei Teilzeitkräften mit festem Stundenkontingent zu Lohnkürzungen führt.

Die öffentlichen Arbeitgeber gehen aufs Ganze. Sie spielen auf Zeit, um ver.di müde zu machen. Während ver.di

jederzeit verhandlungsbereit ist, stellen die nächsten Verhandlungstermine für Mitte März in Aussicht – in drei Wochen!

Sie hoffen, dass sich die öffentliche Meinung gegen ver.di wendet (s. Beitrag unten). Aber die Einschüchterung funktioniert nicht. Kein Notfall bleibt unversorgt, kein Arzt muss ver.di um Erlaubnis bitten, um einen notwendigen Eingriff vorzunehmen.

Der wirkliche Skandal sind die Zustände in den Krankenhäusern und anderswo. Die Arbeitsbelastung ist mit dem Personalabbau über Jahre immer weiter gestiegen. Kaum eine Krankenschwester hält es länger als zehn Jahre in ihrem Beruf aus. Krankenpfleger scheiden im Schnitt nach sieben Jahren aus. Die Überlastung des Personals gefährdet schon heute die angemessene Versorgung der Patienten.

Die Kolleg/innen in den Krankenhäusern, bei den Versorgungsunternehmen und vielen anderen öffentlichen Einrichtungen lassen sich nicht einschüchtern. Die Stimmung unter den Streikenden ist nach wie vor geprägt von Wut über die Doppelzüngigkeit der Arbeitgeber – und von dem Mut, für die Interessen der Arbeitslosen und Arbeitenden einzutreten. ver.di stärkt ihnen den Rücken und hat sich auf einen langanhaltenden Kampf vorbereitet. Die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber wird nicht aufgehen.

Arbeitgeber setzen Streikbrecher ein

Der Hamburger DGB-Vorsitzende Erhard Pumm ist empört: „Ausgerechnet mit denen einen Streik unterlaufen zu wollen, die sich nicht wehren können, ist einfach nur mies“ In **Hamburg** werden 1-Euro-Jobber als Streikbrecher für die Müllentsorgung eingesetzt. In **Osnabrück** hat die Polizei Streikposten der Stadtreinigung gezwungen, Müllfahrzeuge passieren zu lassen. Am Steuer saßen von der Stadt zu Streikbrecherarbeit genötigte 1-Euro-Jobber. Es kam zu Rangeleien. In **Baden-Baden** wurden Privatfirmen zu Streikbrecherarbeiten eingesperrt. In **Freiburg** leeren rund 100 eingesetzte Leiharbeiter die Mülltonnen. ver.di hat unverzüglich mit einer Ausweitung des Streiks reagiert und bisher nicht betroffene Bereiche in den Arbeitskampf einbezogen.

Die Anordnung von Streikbrecherarbeit ist rechtswidrig. Niemand darf zu ihr gezwungen werden. **Leiharbeiter/innen** haben im bestreikten Betrieb ein gesetzlich verbrieftes Leistungsverweigerungsrecht. Ihnen dürfen keine Nachteile daraus erwachsen, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen. Auch **ABM-Kräfte** und **1 Euro-Jobber** dürfen nicht zur Streikbrecherarbeit gezwungen werden. **Beamtinnen und Beamte** müssen einer Anordnung, Dienst auf bestreikten Arbeitsplätzen zu verrichten, nicht widerstandslos Folge leisten. **Wenn Sie von der Anordnung von Streikbrecherarbeit betroffen sind oder davon erfahren, melden Sie sich bei ihrem örtlichen ver.di-Büro oder bei den Streikleitungen.**

BILD dir deine Meinung

Wie die BILD-Zeitung bewusst Ängste schürt – und ein unschuldiges Kind ausnutzt

Am 6. Februar erhält die Familie Carstens vom Kinderhospital des Stuttgarter Klinikums die erlösende Nachricht. Ihr sieben Monate altes Töchterchen Antonia, von Geburt an nierenkrank, soll am 13. Februar endlich operiert werden. Was die Krankenhausleitung der Familie bis zum Operationstermin verschweigt, obwohl sie es hätte wissen können: An diesem Tag wird im Klinikum gestreikt werden.

Vielleicht hat der Professor, der die Entscheidung fällt, den Umstand auch nur den Eltern verschwiegen. Aber **BILD** wusste Bescheid. Denn kurioserweise überschlugen sich am 13. Februar im Olghospital, der Kinderklinik, die Dinge. **BILD.de** titelt: „Tochter nicht operiert – 1. Vater verklagt Ver.di“. Zu diesem Zeitpunkt ist seltsamerweise bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft noch gar keine Klage des Vaters, des Verlags-Geschäftsführers Olaf Carstens eingegangen. Auch noch nicht, als wenig später „stern TV“ die Berichterstattung über den Fall auf dem Krankenhausgelände genehmigt wird.

Weniger pressefreundlich zeigt sich die Krankenhausleitung allerdings

gegenüber einem Team der englischen „BBC“, das einen Bericht über das streikende Krankenhauspersonal machen will. In diesem Fall wurde die Drehgenehmigung versagt.

Notfälle werden versorgt

Während der betroffene Vater dem **BILD**-Online-Redakteur erklärt, er zeige ver.di wegen Nötigung und unterlassener Hilfeleistung an, diktiert die Kliniksprecherin dem Journalisten: „Es ist verständlich, dass die Eltern aufgebracht sind. Aber alle Notfälle werden versorgt. Andere geplante OPs müssen, wenn erforderlich, verschoben werden.“

Tatsächlich werden am 13. Februar im Kinderhospital 16 Kinder operiert. Auch die kleine Antonia wurde inzwischen operiert.

Die Staatsanwaltschaft hat, als die Klage auch bei ihr schließlich einging, Rückstellungen abgelehnt. Mit der Notdienstvereinbarung zwischen ver.di und dem Klinikum Stuttgart sei der Versorgung aller Patienten genüge getan. Darüber hinaus habe das Klinikum selbst bestätigt, dass die kleine Antonia keinesfalls ein Notfall war.

Blieben Fragen offen: Warum hat die Kinderklinik die kleine Antonia ausgerechnet am Streiktag einbestellt, obwohl sie wissen konnte, dass die OP wegen des Streiks verschoben werden würde? Warum hat sie nicht von vornherein, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, klar festgelegt, dass Antonia keineswegs ein Notfall sei? Und warum wussten die Medien von der geplanten Strafanzeige früher als die Staatsanwaltschaft? **ver.di extra** fragte nach. Aber weder die Klinikleitung noch Antonias Vaters mochten auf diese Fragen antworten.

Die plötzliche Schweigsamkeit, wo vorher so öffentlichkeitswirksam Lärm gemacht wurde, ist leicht zu erklären. Die Geschichte hat – wie man im Lände sagt – ein Geschmäcke, oder deutlicher: Am Beispiel der kleinen Antonia wurde die börsartige Unterstellung inszeniert, ver.di führe einen rücksichtslosen Streik gegen hilfsbedürftige Patienten, sogar gegen unschuldige kranke Kinder, notfalls auf Leben und Tod. So schürt man Angst – und Wut auf die Streikenden. Aber nichts davon ist wahr.



Zum Beispiel: Helga Nützel, Bibliotheksangestellte, LMU München

Sie hat bereits ein buntes Erwerbsleben hinter sich, und deshalb kann Helga besonders gut einschätzen, was sich derzeit in der Auseinandersetzung im öf-

fentlichen Dienst tut. Bei den Kolleginnen in ihrer Bibliothek findet sie „einen Grundzug an Solidarität“, denn: „**Keiner versucht auf Kosten des anderen seine Haut zu retten**“.

Das gelte auch und im besonderen für die Arbeitszeit: „Wir engagieren uns mit den Kolleginnen, die schon 42 Stunden arbeiten müssen, weil sie entweder verbeamtet sind oder später zu uns kamen und deshalb der Tarifvertrag für sie nicht nachwirkt.“ So erlebe man hautnah die Spaltung der Belegschaft: „Ich find's zum K...“, wenn ich weiß, ich gehe, aber Kolleginnen müssen bleiben.“ Man verbringe ohnehin schon sehr viel Zeit in der Arbeit.



Zum Beispiel: Ullrike Knoch, pharmazeutisch-technische Assistentin, Klinikumsapothek Erlangen

Arbeit nach Maß ist das Spezialgebiet von Ullrike Knoch. Sie stellt in der Klinikumsapothek Erlangen auf Anforderung für jeden Pa-

tienten maßgeschneiderte Medikamente her, zum Beispiel für Fröhenchen. Dass diese Arbeit ein hohes Maß an Verantwortung mit sich bringt, versteht sich von selbst. „**Deshalb arbeiten wir auch nach dem Vier-Augen-Prinzip mit gegenseitiger Kontrolle**“, erklärt Ullrike.

Gerade eine verlängerte Arbeitszeit sei kaum hinnehmbar: „Wir müssen bei unserer Tätigkeit immer voll konzentriert arbeiten, weil uns ja absolut kein Fehler unterlaufen darf. Wie man das bei noch längerer Arbeit durchhalten soll ...?“, fragt sie sich.

Außerdem sei die bestehende Arbeitszeitregelung bereits mit Lohnverzicht erkauft worden.



werden. Das fördert den Galgenhumor: „Wir arbeiten im 50er-Rhythmus“, sagt Georg: „50 Grad steil, 50 Grad heiß, 50 Kilo schwere Bauteile.“

Dass er und seine Kollegen jetzt noch länger arbeiten sollen, ist

ein Schlag. Das sei wie bei der Verbauung: „Du musst verhindern, dass die Lawine überhaupt entsteht; wenn sie sich erst gelöst hat, geht alles dahin.“ Deshalb sei es so wichtig, sich jetzt zu wehren: „Jetzt muass g'streikt wern!“

WIR sind der öffentliche Dienst



Zum Beispiel: Daniel Schmitt, Beleuchter, Staatsoper München

„Wir im öffentlichen Dienst arbeiten zumeist hinter den Kulissen, aber **wenn wir nicht mehr da sind, gehen schnell die**

Lichter aus“, sagt Daniel Schmitt über seinen Job als Beleuchter an der Staatsoper in München.

Daniel arbeitet im Schichtbetrieb ab 8 Uhr morgens, bei manchen Vorstellungen, kommt es vor, dass er bis 24 Uhr bleiben muss. „Natürlich werden wir für diese Arbeit glänzend bezahlt“, sagt er ironisch. „Ich verdiene 1300 Euro netto, und da sind die Zuschläge schon drin.“ Und das an einem Arbeitsplatz, an dem es keinerlei Tageslicht und auch keine Frischluft gibt...

Zur Zeit gibt's an der Oper Wagners „Fliegenden Holländer“. Daniel sagt, die Segel müssen in Richtung TVGD gesetzt werden, „damit aus dem öffentlichen Dienst in Bayern kein Geisterschiff wird.“

Zum Beispiel: Georg Doll, Lawinen- und Wildbachverbauung, Flussmeisterstelle Benediktbeuren

„**Uns stinkt es, und zwar sarkrisch**“, sagt Georg Doll, der in seiner Dienststelle vor allem mit Lawinen- und Wildbachverbauung beschäftigt ist; ein absoluter Knochenjob.

„Das kannst Du nur begrenzt machen, sonst ruinierst du dir deine Gesundheit“, sagt er. Und so sind es auch nur noch fünf Leute (und damit nur noch die Hälfte der früheren Besetzung), die zur Lawinenverbauung eingesetzt werden. Die Arbeit ist körperlich sehr aufreibend, große Gewichte müssen meist von Hand bewegt

Prominente Stimmen

„Ich finde es richtig, dass sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen Arbeitszeitverlängerung wehren...“

Warum die Eltern einen Kita-Streik unterstützen

Auch in Hannover mussten Eltern die Betreuung ihrer Kinder selbst organisieren. Hier sagt ein Elternvertreter, weshalb Kita-Beschäftigte und Eltern gemeinsam demonstrierten



Ein Herz für Kita-Personal: bei der Demo in Hannover

Die Taten gehen in eine andere Richtung als die Worte“, sagt Herbert Mesenbrink. Mit den Worten meint er etwa die Äußerungen von Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die kürzlich in der Leinestadt eine bessere Erziehung für die Drei- bis Sechsjährigen zur „größten Reformbaustelle“ der Bildungspolitik erklärte.

Mit den Taten meint er das, was derzeit wirklich in den niedersächsischen Kindertagesstätten geschieht: Den Versuch des kommunalen Arbeitgeberverbandes durch eine nicht vergütete Verlängerung der Arbeitszeit um vier Prozent, an Gehältern und Personal zu sparen.

Mesenbrink ist nicht nur Vater eines fünfjährigen Sohnes, der die Kindertagesstätte schon fast durchlaufen hat, und einer zweieinhalbjährigen Tochter, die demnächst in die Kita kommt. Er ist auch der Sprecher der Gesamt-elternvertretung der 29 städtischen Kitas in Hannover. Berufstätige Eltern, wie seine Frau und ihn selbst, treffe es hart, wenn gestreikt wird, sagt er. Es sei wirklich schwierig im Wechsel eine

Gemeinschaftsbetreuung der Kinder zu organisieren.

Dennoch hat Herbert Mesenbrink die Arbeitsniederlegungen unterstützt, und am 14. Februar sind streikende Kita-Mitarbeiterinnen, Eltern und Kinder gemeinsam vor den Sitz des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen gezogen. Mit Wunderkerzen, Trommeln und Liedern protestierten sie gegen den Stellenabbau, der Folge einer Arbeitszeitverlängerung wäre.

Die Gehälter würden schon jetzt weit hinter der Leistung und Verantwortung der Erzieherinnen zurückbleiben, sagt Mesenbrink. „Europaweit sind Deutschland und Österreich Schlusslicht bei der Bezahlung“. Und in Niedersachsen sollten sie nun noch weiter sinken. Niemand plane mit der Verlängerung der Arbeitszeit auch die Öffnungszeiten der Kitas zu verlängern. Bei den Halbtagskräften laufe eine längere Wochenarbeitszeit auf eine Gehaltssenkung um vier Prozent hinaus. Gleichzeitig drohe Kita-Mitarbeitern mit Zeitverträgen mit Ablauf der Befristung das Aus.



DR. HERTA DÄUBLER-GMELIN, MdB, Bundesjustizministerin a.D., Tübingen

...weil das nur die Zahl der Arbeitslosen weiter steigern und die Motivation und Innovation beeinträchtigen würde, die wir in Deutschland so dringend brauchen.“



PAUL SCHOBEL, Theologe und Betriebsseelsorger, Stuttgart

...weil Arbeitslose dafür kein Verständnis haben! Sie sind nochmals um eine Hoffnung ärmer. Arbeit teilen ist das Gebot der Stunde!“



SVEN GIEGOLD, Koordinationskreis attac Deutschland

...weil Arbeitszeiten angesichts von Arbeitslosigkeit und Unvereinbarkeit von Familie und Beruf eher verkürzt statt verlängert werden müssen. Arbeit im öffentlichen Dienst muss durch gerechte Steuern finanziert werden!“

Bayerischer Rundfunk, Bayern 1, Treffpunkt München, 9.2.06, 12 Uhr 05

KOMMENTAR VON HEINER MÜLLER



So ist wirklich kein Staat zu machen

„Die Arbeitslosen“, so betont Hartmut Möllring von der Arbeitgeberseite, „werden für diesen Streik kein Verständnis haben.“ Nun, ich versuche mich gerade einmal in die Situation eines Arbeitslosen hineinzusetzen, der auf Arbeitssuche ist. Als Krankenpfleger beispielsweise oder als Arbeiter bei einer Straßenmeisterei. Oder eine Frau, die dringend Arbeit bräuhete als Sekretärin, die deshalb nachfragt bei der Universität oder bei der Justiz.

Wird man diesen Arbeitslosen künftig sagen: „Ja es schaut gut aus für Sie. Demnächst wird einiges frei, hier müssen nämlich alle länger arbeiten.“ Natürlich könnte so einen Unsinn kein einziger Personalchef sagen. Vielmehr wird die Antwort an den Arbeitssuchenden schlicht und einfach lauten: „Machen Sie sich bis auf weiteres keine Hoffnung. Freiwerdende Stellen werden nicht mehr besetzt, denn die Arbeitszeit wurde ja heraufgesetzt, damit die Leute, die noch drin sind, mehr arbeiten.“

Wer also, wie Hartmut Möllring, der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaft in Stellung bringen will, der spielt mit falschen Karten. Oder er hat schon in der Grundschule im Rechenunterricht nicht aufgepasst. **Nehmen wir nur einmal an, in der Straßenmeisterei müssen – damit alles funktioniert – in der Woche 3 850 Stunden geleistet werden. Bei der jetzigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden braucht man dazu also genau 100 Arbeiter. Müsste jeder dieser 100 Arbeiter künftig aber 42 Stunden arbeiten, dann könnte die gleiche Arbeit statt von 100 eben von nur noch 91 Arbeitern geleistet werden. 9 Arbeitsplätze fielen weg.** Das ist so, mit der Mathematik kann man nicht diskutieren.

Gut, werden Sie jetzt vielleicht sagen, das mag ja sein. Aber mit den öffentlichen Haushalten kann man erst recht nicht diskutieren, mit denen kann man ja schon seit Jahren keinen Staat mehr machen. Auf den ersten Blick ist das richtig. Die öffentlichen Kassen sind nicht nur leer – wir bauen auch noch riesige Schuldenberge auf.

Aber ein Naturereignis, ein unabwendbares Schicksal ist das nicht. Dass mit unseren öffentlichen Finanzen kein Staat mehr zu machen ist, hängt vielmehr damit zusammen, dass weite Kreise in unserem Land einfach keinen Staat mehr machen wollen. **Über viele Jahre hinweg haben wir – und zwar quer durch die Parteien hindurch – das hohe Lied vom schlanken Staat gesungen. Das, was unser Land in den Nachkriegsjahrzehnten so stark und lebenswert machte, nämlich ein gut funktionierendes Gemeinwesen, das wurde schlecht geredet, als Ballast empfunden, als Hemmschuh für die Entfaltung der freien Kräfte des Marktes.**

Und deshalb wurde es plötzlich modern, überall die Steuern zu senken, am deutlichsten übrigens bei den Reichen und Superreichen. Der Spitzensteuersatz, der beim legendären CDU-Wirtschaftsminister Ludwig Erhard noch bei 53 Prozent gelegen hatte, wurde erst unter Kohl und dann unter Schröder von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Ein anderes Beispiel: Allein durch die Körperschaftssteuerreform sollten 2002 rund 8 Milliarden Euro hereinkommen. Tatsächlich kam nicht nur nichts, sondern der Finanzminister musste großen Konzernen sogar noch 3 Milliarden zurückzahlen. Oder die Mehrwertsteuer: Seit Jahren weisen die Fachleute auf gigantischen Missbrauch hin, der für den Staat Ausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge hat.

Man muss nicht mehr solcher Beispiele nennen, um zu sehen, wo die wirkliche Ursache unserer Finanzkrise ist. **Nicht die Ausgaben der öffentlichen Hand sind explodiert sondern die Einnahmen wurden systematisch heruntergefahren. In der naiven Hoffnung, das private Kapital würde die Zurückhaltung des Staates honorieren, würde also freudig investieren und Arbeitsplätze schaffen.**

Nichts davon ist eingetroffen. Statt der Zahl der Arbeitsplätze steigen nun die auch noch steuerbegünstigten Gewinne immer weiter – zurück bleiben die Arbeitslosen und ein immer ärmerer Staat. Und der will jetzt in seiner selbstgeschaffenen Finanznot auch noch die Arbeitszeit verlängern, wodurch die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen würde. Wenn die Gewerkschaften gegen diese irrwitzige Logik zum Streik aufrufen, haben sie mehr als recht. Denn so ist wirklich kein Staat zu machen.



Zum Beispiel: Alfons Kohl, Straßenwärter, Straßenmeisterei Ampfing

„Es fehlt himmelweit“, sagt Alfons Kohl, „**ich weiß gar nicht, wo ich da mit dem Aufzählen anfangen soll.**“ Das Personal in der Dienststelle werde immer weniger, weshalb nur noch absolute Kernarbeiten erledigt werden können; „Arbeiten zum Unterhalt der Strecken bleiben auf derselben“ witzelt er. Es gebe Straßen, wo man sich mit dem Kehrfahrzeug nicht mehr drüber traue, denn „sonst geht gleich die ganze Straße mit“. Die „Kehrseite“ eines ausgeglichenen Haushalts.

Dabei ist Alfons nicht mal gegen das Sparen. „Aber wenn man alles verkopen lässt, dann kostet es später das Zehnfache, das wieder herzustellen. Kein Privater würde so wirtschaft-

ten“, schimpft er. „Es gibt bei uns mittlerweile Straßen, die sind schon fast kriminell. Da herrschen Zustände wie im alten Rom.“

Alfons und seine Kollegen sind für die Straßen im Landkreis Mühldorf zuständig; darunter sind auch einige so genannte „24-Stunden-Strecken“, also Straßen, die rund um die Uhr überwacht und geräumt werden müssen, wie die B12.

Durch die Zusammenlegung zweier anderer Straßenmeistereien kommen demnächst weitere 50 km dazu. Ein Riesengebiet, das mit immer weniger Personal immer weiter ausgedehnt wird. „Manchmal hat man den Eindruck, dass diese Überforderung gewollt ist“, mutmaßt Alfons: „Dann hätte man gleich ein Alibi für geplante Privatisierungen.“

Der gelernte Zimmerer kam 1986 zur Straßenmeisterei, als Seiteneinsteiger. Mittlerweile ist die politische Vorgabe,

das nur noch gelernte Straßenwärter eingestellt werden. Lehrstelle gibt es in Ampfing allerdings nur eine ... So verwundert es auch nicht, dass der Altersdurchschnitt der Beschäftigten mittlerweile bei 45 Jahren liegt.

Die Arbeit mit Wechselschichten, wenigen Ruhezeiten und Rufbereitschaften geht entsprechend an die Substanz: „Man hat zwar Pausen, ist aber meist total am Anschlag“, sagt Alfons.

Dass er und seine Kollegen nun auch noch dreieinhalb Stunden länger arbeiten sollen, ist für ihn „die reinste Watschn“. Nicht nur, dass der Job noch härter würde: „Bei 42 Stunden ohne Lohnausgleich schenkt du ein ganzes Monatsgehalt her“, hat er ausgerechnet. Deshalb ist für ihn und seine Kollegen sonnenklar, dass sie sich das nicht gefallen lassen werden: „Wenn gestreikt wird, sind wir alle dabei!“

FOTOS: HANS STERR / VER. DI MÜNCHEN; SABINE ROTHER / VER. DI NIEDERSACHSEN



Zum Beispiel: Doris Richter, medizinisch-technische Radiologie-Assistentin, Klinikum Erlangen

Eigentlich ist Doris Richter mit ihrer Arbeit sehr zufrieden. So sei zum Beispiel die voranschreitende Digitalisierung eigentlich sowohl zum Nutzen der Patienten als auch der Beschäftigten. **Aber: „Bei uns führt das auch zu ständig steigender Arbeitsverdichtung.“**

Und nicht nur das, sondern auch der weiter fortschreitende Personalabbau macht ihr zu schaffen. Die Arbeit sei körperlich oft ganz schön anstrengend, so zum Beispiel, wenn für die Untersuchungen Patienten angehoben werden müssen. Die Technik in der Radiologie sei mittlerweile weit fortgeschritten, die Strahlenbelastung praktisch nicht mehr vorhanden.

„Das einzige, was bei uns noch strahlt, ist unser Lächeln für die Patienten“, sagt Doris schmunzelnd. Und generell scheint Doris ein sehr freundlicher, positiver Mensch zu sein. „Aber was jetzt mit uns passiert, da kann einem die Laune schon vergehen“, klagt sie. Nicht nur, dass die Bezahlung schon lange nicht mehr mit der immer weiter wachsenden Verantwortung mithalte (zum Teil gingen die Tätigkeiten schon fließend in den Ärzte-Bereich über) – auch und gerade die jetzt geplanten Arbeitszeitverlängerungen regen sie auf. „Es ist frustrierend, wenn als ‚Anerkennung‘ nur Verschlechterungen kommen.“

Die Arbeit im Schichtbetrieb sei ohnehin anstrengend genug, und an Wochenenden oder Feiertagen sei meistens immer nur eine Kollegin im Dienst. Aber ihr Team funktioniere wirklich sehr gut,

das gleiche viele Belastungen durch Kollegialität wieder aus.

Dass sich manche Beschäftigte an Urabstimmung und Arbeitskampf nicht zu beteiligen trauen aus Angst vor Repressalien, kann sie nur sehr begrenzt verstehen: „Ihr arbeitet doch gut, dann braucht ihr euch auch nicht zu verstecken!“, versucht sie ihre Kolleginnen und Kollegen aufzumuntern. „Wir haben schon genug Kürzungen schlucken müssen, deshalb müssen wir jetzt ein weiteres Abschmelzen unbedingt verhindern!“

Hört sich so an, als ob sie ihrer Arbeit doch etwas überdrüssig wäre? „Ganz im Gegenteil“, sagt sie, „ich würde mich jederzeit wieder für meinen Beruf entscheiden. Aber damit das so bleibt, müssen wir uns jetzt unbedingt zur Wehr setzen!“

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Strategie der Arbeitgeber, eure Mitglieder zu unbezahlter Arbeitszeit zu erpressen, basiert wie überall in Europa und der Welt auf dem Argument leerer Kassen, die „leider“ die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Verschlechterung der Dienste für die Bürger, Lohnkürzungen und längeres Arbeiten für die Arbeitnehmer „alternativlos“ mache. Aber es sind nicht die Arbeitnehmer, die die öffentlichen Kassen leeren, sondern die Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen, es sind Arbeitslosigkeit und Sozialdumping, die Bürger, Länder und Gemeinden arm machen. Eure Antwort während der Tarifverhandlungen, eure Argumente in der Öffentlichkeit, und letztlich die unumgänglichen Streikmaßnahmen machen klar, dass es eine Alternative gibt, und dass sie den Menschen dient.

Längere Arbeitszeiten werden weitere Menschen arbeitslos machen, und dadurch werden Steuer- und Sozialkassen zweifellos erst recht geleert. Deshalb führt die Strategie der Arbeitgeber in einen Teufelskreis und ist schlecht für die Menschen. Gewisse Medien beleidigen die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst mit dem Vorurteil, zu faul zu sein, 18 Minuten täglich umsonst zu arbeiten und erinnern daran, dass andere ja auch bereits zu diesem Schritt gezwungen gewesen seien. Aber genau darum geht es: Eure Mitglieder im Streik kämpfen dafür, der unseligen Konkurrenz Einhalt zu gebieten, die uns alle in die Abwärtsspirale zieht.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste wird deshalb jede Bitte eurerseits um Unterstützung mit Freude positiv beantworten. **Wir danken für eure Entschiedenheit, begleiten euch in eurem Kampf und wünschen euch Standfestigkeit und den besten Erfolg in den Wochen, die vor euch liegen.**

INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Union Network International (UNI) vertritt weltweit über 15 Millionen Mitglieder aus 1 000 Gewerkschaften in mehr als 150 Ländern im privaten Dienstleistungsbereich. UNI unterstützt euch vollkommen in eurer Forderung auf Erhaltung der bisherigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche, insbesondere wo es um den Erhalt Tausender von Arbeitsplätzen geht. **Wir versichern euch der weltweiten Solidarität** aller UNI Mitglieder und wünschen euch viel Erfolg bei euren Aktionen.

UNION NETWORK INTERNATIONAL (UNI)

Längere Arbeitszeiten kosten Arbeitsplätze und längere Arbeitszeit für weniger Geld wird die Binnennachfrage weiter schwächen. Diese Argumente gelten nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa insgesamt, wo die Arbeitgeber der privaten und öffentlichen Sektoren nur zu bereit sind, dem nächsten Trend zu folgen. **Eure Mitglieder leisten einen mutigen Beitrag, um errungene Arbeitsbedingungen zu verteidigen und auch in Zukunft zu sichern.** Wir wünschen euch einen erfolgreichen Abschluss dieses wichtigen Arbeitskampfes im Interesse der Beschäftigten und für leistungsfähige öffentliche Dienste.

EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSVERBAND FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST



Die Papierkörbe quellen über, an einzelnen Stellen türmen sich Müllberge – ein unappetitlicher Anblick für die ordnungsliebenden Hamburger. Aber mitten im Abfall prangt ein Fähnchen, das vielen wieder ein verständnisvolles Lächeln aufs Gesicht zaubert. Aufgeweckte Hamburger Bürgerinnen und Bürger vom „Komitee für mehr Solidarität auf der Welt“, in der Mehrheit keine ver.di-Mitglieder, haben die Fähnchen auf eigene Kosten produzieren lassen, um die Hamburger Müllberge damit zu schmücken. Initiator Michael Herrmann: „Wir wollen einen Beitrag leisten gegen diese Propagandamaschine: Du bist Deutschland. Und Deutschland muss mehr, länger für weniger Geld arbeiten, damit aus den 5 Millionen bald noch mehr werden.“ Herrmanns Fazit: „Lieber heute streiken als morgen Hartz IV!“

Das Komitee nimmt auch Bestellungen von auswärts entgegen: HerrmannSt.Pauli@gmx.net

FOTO: GEHNER / TEAMWORK PRESS

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch Arbeitszeitverlängerungen weitere Arbeitsplätze vernichtet, Stundenlöhne gesenkt und Arbeitsbelastungen weiter gesteigert werden. Das gilt sowohl für uns als auch für euch – **euer Streik ist die notwendige Antwort und Gegenwehr zum Verhalten eurer Arbeitgeberseite.** **TARIKKOMMISSION EINZELHANDEL BERLIN, VER.DI**

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte darf nicht auf Kosten der Beschäftigten, also nicht gegen die eigentlichen Leistungsträger, geführt werden. **Wir wünschen euch viel Erfolg bei eurem Kampf** und fordern die Beschäftigten der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf, euch zu unterstützen, denn falls ihr nicht

erfolgreich seid, werden die verschlechterten Arbeitsbedingungen eher früher als später auch für die Beschäftigten der MPG gelten. **GESAMTBETRIEBSRAT DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT**

Das Fass ist voll! Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jede dritte Stelle in den Kommunen abgebaut – eingespart, verlagert oder privatisiert. 2,2 Millionen Arbeitsplätze sind im öffentlichen Dienst in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten vernichtet worden. **Bei mehr als fünf Millionen Erwerbslosen setzen die Arbeitgeber auf eine Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst – und damit auf Arbeitsplatzvernichtung.** Bundesweit stellen sie damit im öffentlichen Dienst mehrere 10 000 Arbeitsplätze in Frage. Die neoliberale Politik hat abgewirtschaftet. Im Ergebnis sind die öffentlichen Haushalte nicht mehr in der Lage, für eine ausreichende öffentliche Daseinsfürsorge zu sorgen.

Wir unterstützen die streikenden Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Was man ihnen zumutet, wird man auch uns zumuten. Was sie abwehren, werden auch wir abwehren.

BETRIEBSRÄTE HANDEL/ GROSSHANDEL, DÜSSELDORF

Überall in Deutschland erleben wir Arbeitgeber, die den Respekt vor der Leistung der Beschäftigten und für die Grenzen des Zumutbaren verloren haben. Es ist höchste Zeit, das zu ändern. Wir sehen den ersten großen Arbeitskampf in Krankenhäusern als Teil einer zunehmenden Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen insgesamt. Es geht um deutlich mehr als nur „18 Minuten“!

Wir erklären uns solidarisch mit den streikenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst! Wir wünschen euch Mut, Ausdauer und Erfolg!

DER KONZERNBETRIEBSRAT DER MEDICLIN AG

Kündigungen, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Reduzierung der Einkommen, die Einschränkung sozialer Rechte und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind Maßnahmen derselben neoliberalen Politik, mit denen wir in den meisten Ländern der EU konfrontiert sind. **Wir müssen gegen diese Herausforderungen kämpfen, die die Rechte der Arbeiter einschränken und die Würde des Arbeitslebens beschädigen.** **SUPREME ADMINISTRATION OF GREEK CIVIL SERVANTS TRADE UNIONS (ADEDY)** (GRIECHISCHE GEWERKSCHAFTEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES)

Seit einigen Tagen erleben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Eingriffe der Arbeitgeber kämpfen müssen wie schon lange nicht mehr. Dazu wünschen wir euch Kraft und Durchsetzungsvermögen. **Bleibt standhaft, ver.di und wir als Gewerkschaftsrat stehen fest an Eurer Seite. Gemeinsam sind wir stark und werden unsere gewerkschaftlichen Ziele erreichen.**

GEWERKSCHAFTSRAT VER.DI

Mit solidarischen Grüßen“

ver.di Beitrittserklärung <http://mitgliedwerden.verdi.de>

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab

MONAT / JAHR _____

Persönliche Daten:

NAME _____

VORNAME, TITEL _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

PLZ, WOHNORT _____

LAND (NUR BEI WOHNSTZIT IM AUSLAND) _____

TELEFON (PRIVAT / DIENSTLICH) _____

E-MAIL _____

GEBURTSDATUM _____

STAATSANGEHÖRIGKEIT _____

GESCHLECHT: WEIBLICH MÄNNLICH

Beschäftigungsdaten:

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie Mitarbeiter/in

Vollzeit Teilzeit _____ (ANZAHL WOCHENSTUNDEN)

Arbeitslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in, Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei _____

BETRIEB / DIENSTSTELLE / FILIALE _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

PLZ, ORT _____

PERSONALNUMMER IM BETRIEB _____

BRANCHE _____

AUSGEÜBTE TÄTIGKEIT _____

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie Mitarbeiter/in

VON (MONAT / JAHR) _____ BIS (MONAT / JAHR) _____ EURO _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatlich vierteljährlich

halbjährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

NAME DES GELDINSTITUTS, FILIALE, ORT _____

BANKLEITZAHL, KONTONUMMER _____

NAME KONTINHABER/IN _____

DATUM, UNTERSCHRIFT KONTINHABER/IN _____

TARIFVERTRAG _____

TARIFLICHE LOHN- ODER GEHALTSGRUPPE BZW. BESOLDUNGSGRUPPE _____

TÄTIGKEITS-/BERUFSJAHR, LEBENSALTERSSTUFE _____

Regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

EURO _____

Mitgliedsbeitrag _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 % des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag Euro 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

DATUM, UNTERSCHRIFT _____

Werber/in:

NAME _____

VORNAME _____

TELEFON _____

MITGLIEDSNUMMER _____

Ihre Solidaritätsadresse bitte an: info@verdi.de

IMPRESSUM

VER.DI EXTRA ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN
 POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN
 TEL: 030/6956-0, FAX: 030/6956-3012
 E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE

HERAUSGEBER:

FRANK BSIRSKKE, VORSITZENDER
 DER VEREINTEN DIENSTLEISTUNGS-
 GEWERKSCHAFT VER.DI

REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.),
 PETRA GROLL, CHRISTIAN JUNGEBLD,
 RENATE KOSSMANN,
 WERNER SAUERBORN, HANS STERR,
 PETRA WELZEL

GESTALTUNG UND PRODUKTION:
 BUCKENDAHL-DESIGN, HAMBURG

DRUCK: ALPHA-PRINT-MEDIEN AG,
 DARMSTADT